

Sozialstaatliche Einstellungen zwischen Kontinuität und Wandel: Ergebnisse des Sozialstaatssurveys 2005

Glatzer, Wolfgang; Becker, Jens

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Glatzer, W., & Becker, J. (2008). Sozialstaatliche Einstellungen zwischen Kontinuität und Wandel: Ergebnisse des Sozialstaatssurveys 2005. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilbd. 1 u. 2* (S. 2411-2423). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-151911>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Sozialstaatliche Einstellungen zwischen Kontinuität und Wandel

Ergebnisse des Sozialstaatssurveys 2005

Wolfgang Glatzer und Jens Becker

Dieser Bericht aus der Projektarbeit am Institut für Gesellschafts- und Politikanalyse an der Frankfurter Johann Wolfgang Goethe-Universität ist Ergebnis einer Auftragsforschung, die sich die Untersuchung der Einstellungen zum Sozialstaat zum Ziel gesetzt hat. Auftraggeber sind das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und das Bundesministerium für Gesundheit (BMG). Das Projekt arbeitet seit September 2004 und hat mehrere Veröffentlichungen vorgelegt. Die beteiligten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind Dr. Jens Becker, Dipl.-Soz. Roland Bieräugel, Dipl.-Soz. Geraldine Hallein-Benze, Dr. Silvia Krömmelbein, Oliver Nüchter, M.A. Die umfangreiche Feldarbeit wurde von approxima (Leipzig) geleistet. Zum Projekt gehört ein Beraterstab, der aus Prof. Dr. Richard Hauser, Dr. Heinz-Herbert Noll und Prof. Dr. Wolfgang Zapf besteht, die auf eine jahrzehntelange Erfahrung in der empirisch gestützten Gesellschaftsanalyse zurückblicken können.

1. Konzeption und Methode der Untersuchung

1.1 Problemstellung und theoretische Grundlagen

Thema dieses Projekts sind die Bedingungen, Möglichkeiten und Grenzen für eine Reform der sozialen Sicherung und ihrer Teilsysteme. Vor allem fünf, nur schwer beeinflussbare, Entwicklungen führen dazu, dass der Sozialstaat in Deutschland unter Druck gerät: die demografische Alterung, die strukturelle Arbeitslosigkeit, die angestiegene Staatsverschuldung, die Nachwirkungen der Wiedervereinigung und die zunehmende Globalisierung. Daraus wird die Notwendigkeit mehr oder weniger weitreichender sozialpolitischer Maßnahmen bis hin zu umfassenden Reformen der sozialen Sicherungssysteme abgeleitet.

In demokratischen Regierungssystemen, in denen die Wähler einen gewissen Einfluss auf die Gesellschaftspolitik haben, kann indes ein Umbau des Sozialstaats nur gelingen, wenn er eine ausreichende Unterstützung durch die Bevölkerung

erhält. Obwohl bei der sozialstaatlichen Entwicklung eine Pfadabhängigkeit besteht, die zukünftige sozialpolitische Möglichkeiten einschränkt, so ist doch von Spielräumen für die zukünftigen Lösungen auszugehen. Diese Spielräume können durch die Einstellungen der Bevölkerung gestaltet werden, insbesondere im Hinblick auf die Frage nach mehr oder weniger Sozialstaat. Eine obrigkeitstaatliche Sozialpolitik gegen die Einstellungen der Bevölkerung dürfte nur gegen Widerstände und unter hohen Kosten möglich sein. Ein Wandel der Einstellungen der Bevölkerung, der sich aus vielerlei Gründen ergeben kann, sollte von der Politik zur Kenntnis genommen werden. Aus diesem Grund ergibt sich die Wichtigkeit einer regelmäßigen Sozialstaats-Berichterstattung für die Gesellschaftspolitik.

Sozialstaat und Sozialpolitik bestehen aus einem Konglomerat verschiedener Komponenten, die für sozialpolitische Entscheidungsprozesse und gesellschaftspolitische Verteilungsfragen relevant sind. Unterschieden werden fünf Komponenten, denen verschiedene Relevanz zukommt: Akteure, Ziele, Instrumente, Kosten und Ergebnisse im Sozialstaat. Akteure sind diejenigen, die Aufgaben übernehmen und erfüllen, also der Staat, Unternehmen, intermediäre Organisationen und private Haushalte bzw. Individuen.

Sozialpolitische Ziele sind im Grundgesetz und weiteren Gesetzen festgelegt, sie werden in vielen Zusammenhängen der gesellschaftspolitischen Zieldiskussion hinterfragt. Unter Instrumenten sind die einzelnen Sicherungssysteme und ihre Regelungen sowie spezifische sozialpolitische Maßnahmen zu verstehen. Kosten beinhalten finanzielle Aufwendungen für das System der sozialen Sicherung sowie ihre Finanzierungsstruktur, die aus unterschiedlichen Kombinationen von Steuern und Sozialabgaben bestehen. Mit Ergebnissen sind die Endprodukte bzw. Leistungen angesprochen, die bei den Bürgern ankommen; sie werden als Lebenslage bzw. Lebensqualität bezeichnet. Dabei ist es wichtig zu unterscheiden, was objektive Messungen durch Experten ergeben und was die Bürger subjektiv wahrnehmen. Die von den Medien sogenannte »gefühlte Welt« hat ihre eigenen Strukturen, ihre eigene Dynamik und ihre eigene Auswirkungen.

Die Zielsetzung des Projekts »Einstellungen zum Sozialstaat« (EZS) besteht darin, »Kenntnisse über die Einstellungen der Bürger und Bürgerinnen zum Gesundheitswesen und zu den sozialen Sicherungssystemen im Allgemeinen sowie zu den einzelnen Elementen und Strukturmerkmalen im Besonderen und über Ursachen und Entstehungskontexte dieser Einstellungen« (Projektausschreibung) zu gewinnen. In der Untersuchung sollen insbesondere das System der sozialen Sicherung im Allgemeinen und seine Einzelbereiche (Alterssicherung, Gesundheits- und Pflegesystem, Grundsicherung für Arbeitssuchende bzw. Sozialgeld für Hilfsbedürftige und die gesetzliche Unfallversicherung) einer genaueren Betrachtung unterzogen werden. Zu fragen ist, welche Hintergrundvariablen mit den sozialpolitischen Komponenten zusammenhängen bzw. diese beeinflussen.

1.2 Methodische Vorgehensweise

Was den methodischen Ansatz der Studie betrifft, so wird die Untersuchung der Einstellungen der Bundesbürger zum Sozialstaat theoretisch angeleitet erfolgen und durch quantitative und qualitative Analysen unterstützt werden. Mithilfe von Indikatoren sollen die Einstellungen zum Sozialstaat im Zeitablauf beschrieben sowie mithilfe theoretischer Überlegungen erklärt werden.

Primär quantitativ orientiert ist in erster Linie die Analyse der repräsentativen Datensätze, als überwiegend qualitativ wird die Auswertung der Gruppendiskussionen verstanden. Beides beruht auf theoretischen Vorüberlegungen, die im Verlauf der Untersuchung vertieft und differenziert werden. Die Kombination von quantitativer und qualitativer Vorgehensweise soll eine umfassende – das heißt einerseits breit streuende und repräsentative und andererseits bürgernahe und anschauliche Analyse – der Einstellungen der Bundesbürger ermöglichen.

Das Umfrageprojekt, das sich auf den Zeitraum von 2005 bis 2008 erstreckt, beinhaltet vier repräsentative Bevölkerungsumfragen. Grundgesamtheit ist die deutsche Wohnbevölkerung ab dem 18. Lebensjahr, wobei in Rechnung zu stellen ist, dass aufgrund von Sprachbarrieren die Bevölkerung unzureichend einbezogen wird, die nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügt. Die Fragebögen bestehen aus einem feststehenden und einem variablen Teil. Es können Verteilungen und Veränderungen sozialstaatlicher Einstellungen der deutschen Bevölkerung gemessen werden, allerdings nur Veränderungen im Aggregat, nicht auf der Ebene von Individuen, wie es ein Paneldesign erlauben würde. Einen Einstellungswandel können wir im Zeitablauf erfassen, weil es vier Erhebungswellen geben wird. Es wurde auch darauf geachtet Fragen aus zurückliegenden Umfragen wie dem Wohlfahrtssurvey¹ zu wiederholen, sodass teilweise längere Zeitreihen für Stabilität und Wandel in der Vergangenheit erhalten werden.

Die erste Repräsentativ-Befragung von 5.025 Personen wurde mit 2.494 Befragten in West- und 2.531 in Ostdeutschland von März bis Mai 2005 durchgeführt, die zweite mit 5.006 Befragten (2.500 West; 2.506 Ost) von März bis Anfang Juni 2005. Die Befragung erfolgte in Form telefonischer Interviews mithilfe von CATI, dem Computer Assisted Telephone Interviewing. Vor der ersten Erhebung wurde ein Pretest unter Feldbedingungen bei 227 Personen durchgeführt. Der Befragte im Haushalt wurde jeweils nach der Last-Birthday-Methode festgelegt. Die Auswahl der Telefonnummern aus dem Telefonbuch CD-ROM »klickTel Januar 2004« wurde gemäß dem Gabler-Hädler-Verfahren modifiziert und die Anzahl zehnfach über-

¹ Herangezogen wurden außerdem Allbus, Allensbacher Erhebungen, Eurobarometer, International Social Survey Program, International Social Justice Project, Sozio-ökonomisches Panel, World Values Survey.

steuert. Am Ende wurden 29,2 Prozent (2005) des Bruttosamples in auswertbare Interviews umgesetzt. Die Erhöhung der Stichprobenausschöpfung kam durch mehrere Maßnahmen zustande. Unter anderem wurde die Eröffnung der Interviews genutzt, um gezielt Interesse bei den Befragten zu wecken.

Die Datensätze liegen mit spezifischen Gewichtungsfaktoren für Gesamtdeutschland sowie für West- und Ostdeutschland vor.

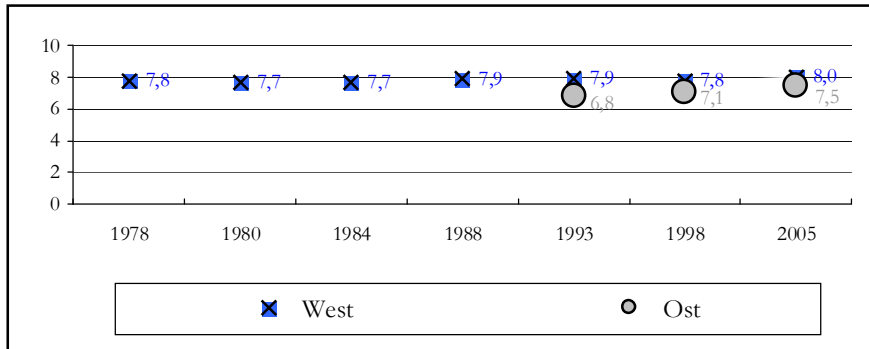
2. Entwicklungstendenzen sozialstaatlicher Einstellungen

Im Hinblick auf die Sozialpolitik wird mit großer Übereinstimmung die Erwartung vertreten, dass sie zur Zufriedenheit der Bürger beiträgt, dass sie den Gerechtigkeitszielen der Gesellschaft dient, dass sie dem Wohlstand und seiner Verteilung nützt und dass sie den sozialen Frieden stärkt. Mit diesen Zielen ist Sozialpolitik letzten Endes auf die Qualität der Gesellschaft bezogen.

Zentrale Entwicklungen des Sozialstaats aus der Sicht der Bürger kommen in Indikatoren für folgende Aspekte zum Ausdruck:

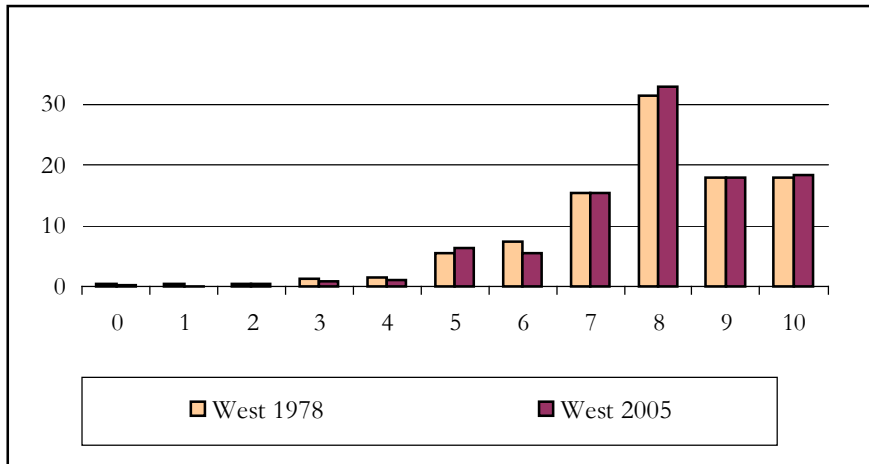
- Der Zufriedenheit der Bürger mit ihrem Leben insgesamt und mit sozialstaatlichen Bereichen.
- Den Einstellungen der Bürger zur Gerechtigkeit ihrer Lebensverhältnisse.
- Der Einschätzung der Bürger im Hinblick auf ihre eigene wirtschaftliche Lage
- Der Beurteilung der Intensität sozialer Konflikte in der Gesellschaft.

Im Hinblick auf diese Themen lassen sich folgende Interpretationen vornehmen:



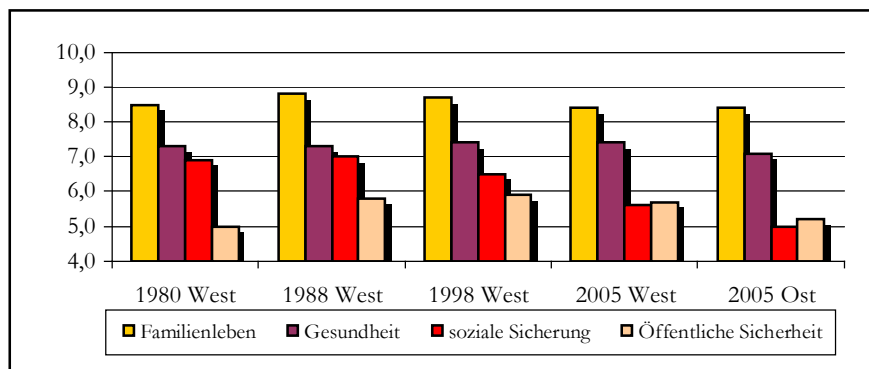
Grafik 1: Zufriedenheit mit dem Leben (Skala 0–10, Mittelwerte)

(Quellen: Wirtschaftssurvey/ Sozialstaatssurvey)



Grafik 2: Zufriedenheit mit dem Leben (Skala 0–10, Anteile in %)

(Quellen: Wirtschaftssurvey/ Sozialstaatssurvey)



Grafik 3: Zufriedenheit mit... (Skala 0–10, Mittelwerte)

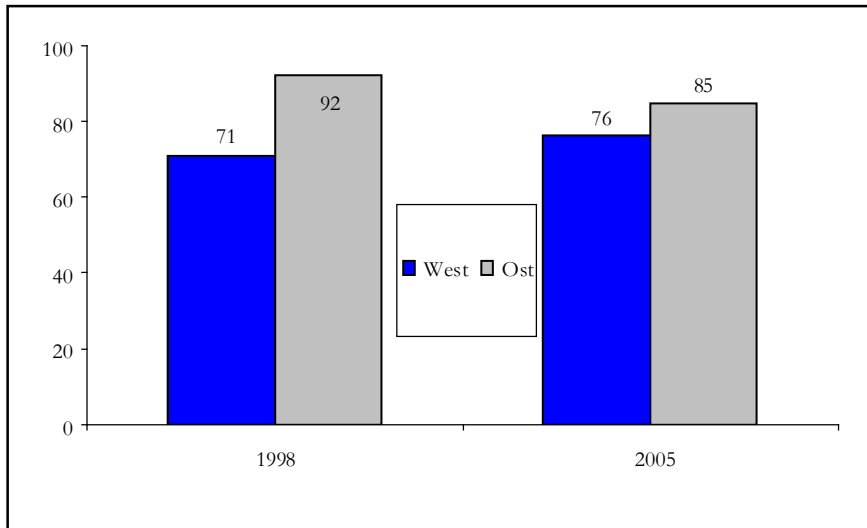
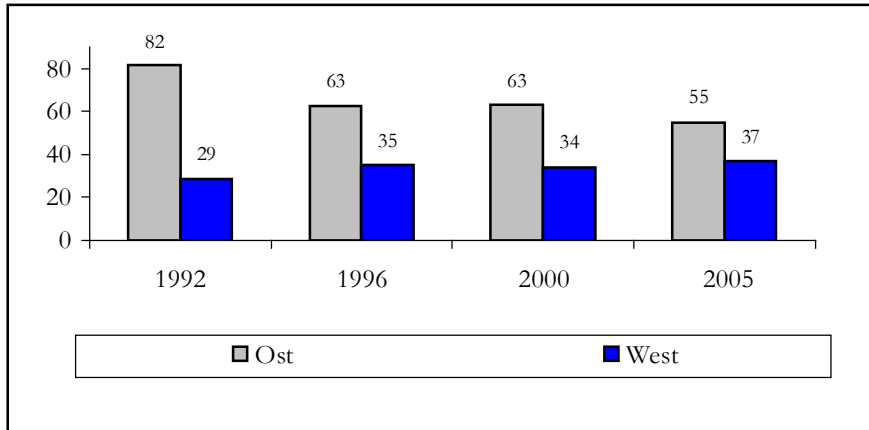
(Quelle: Wirtschaftssurvey/ Sozialstaatsurvey)

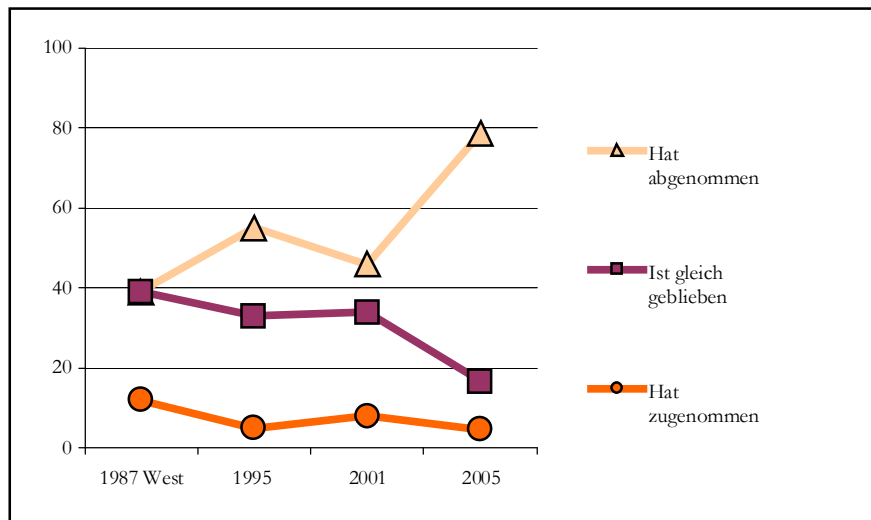
Die wahrgenommene Qualität des Lebens kann durch eine Anzahl von Zufriedenheitsmaßen erfasst werden: im Rahmen dieses Konzepts wird die Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt sowie die Zufriedenheit der Bürger mit der Familie, der Gesundheit, der sozialen Sicherheit und der öffentlichen Sicherheit betrachtet. Die Erhebung der allgemeinen Lebenszufriedenheit kommt zu einem überraschenden Ergebnis: die Zufriedenheit mit dem Leben ist über die letzten drei Jahrzehnte gesehen außerordentlich stabil und sie ist leicht höher und keinesfalls niedriger als Ende der siebziger Jahre. Selbst die Verteilung auf die zehn Zufriedenheitsstufen ähnelt sich 1978 und 2005 weitgehend. Die Zufriedenheitsquellen in Deutschland müssen demzufolge im Wesentlichen erhalten geblieben sein.

Von der Zufriedenheit in einzelnen Lebensbereichen hat die Zufriedenheit mit der Familie jeweils das höchste Niveau. Ein wichtiger Einflussfaktor ist sicherlich, dass sich unzufriedene Ehen und Familien leicht trennen können.

Bei der Gesundheit besteht eine mittlere Zufriedenheit und diese wird im Zeitablauf aufrecht erhalten. Soziale Sicherheit und öffentliche Sicherheit weisen demgegenüber eine relativ niedrige Zufriedenheit auf, wobei die Zufriedenheit mit der sozialen Sicherheit 1980 deutlich vor der Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit lag. Im Jahr 2005 weist nicht mehr die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit den niedrigsten Zufriedenheitswert aus, sondern die Zufriedenheit mit der sozialen Sicherheit. Das Bild für Ost- und Westdeutschland unterscheidet sich kaum, aber die Ostdeutschen weisen der Tendenz nach eine geringere Zufriedenheit auf.

Entwicklung der Einstellungen zur Gerechtigkeit der Lebensverhältnisse (Grafik 4, 5 und 6):





Das Konzept der sozialen Gerechtigkeit ist ein zentraler Orientierungspunkt für sozialstaatliche Zielsetzungen und Maßnahmen. Keine andere Instanz ist so stark für die Einhaltung und Durchsetzung von Gerechtigkeitszielen zuständig wie der Sozialstaat, obwohl die Gerechtigkeitsproblematik alle gesellschaftlichen Ebenen durchzieht. Sie stellt im zwischenmenschlichen Verhalten ebenso ein Beurteilungskriterium dar wie auf der Ebene internationaler Beziehungen. Sozialpolitik, insbesondere Gesundheit und soziale Sicherung, sind von Gerechtigkeitskriterien besonders betroffen. Jedes Individuum und somit jeder Politiker kann seinen eigenen Begriff von Gerechtigkeit haben und zur Beurteilung der gesellschaftlichen Verhältnisse heranziehen.

Wie lässt sich die subjektive Gerechtigkeit in Deutschland charakterisieren?

Drei umfassende Gerechtigkeitsindikatoren stehen in unserer Untersuchung zur Verfügung, die frühere Zeitreihen fortführen.

- Erhalt des gerechten Anteils im Leben. Die Frage ist hier, wer sich im Leben benachteiligt fühlt und nicht den gerechten Anteil erhält, der ihm zusteht? Seit 1992 liegt dieser Indikator vor. Er bleibt im letzten Jahrzehnt auf einem vergleichbaren Niveau von 29 Prozent bis 37 Prozent der Bundesbürger, und hat leicht steigende Tendenz. Für Ostdeutschland kann man eine klare Tendenz zur Annäherung an das Westniveau erkennen. Bei den Ostdeutschen sinkt der Anteil derjenigen stark, die für sich keine Gerechtigkeit im Leben erkennen, obwohl immer noch 55 Prozent sich als benachteiligt sehen.
- Gerechte Verteilung des Wohlstands. Von der großen Mehrheit der Bevölkerung wird eine gerechte Verteilung des Wohlstands nicht als realisiert angesehen.

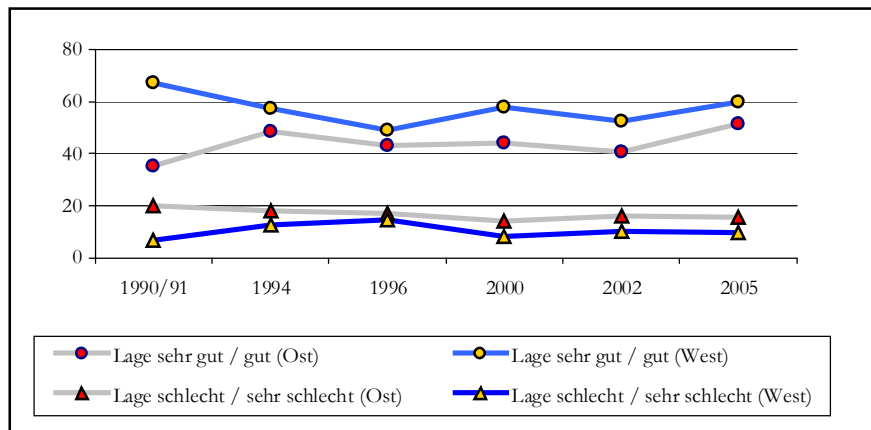
Eine große Mehrheit von 92 Prozent bis 85 Prozent der Bevölkerung geben dieses Urteil ab. Der Anteil der ungerechten Beurteilungen nimmt ausgehend von einem hohen Niveau für Ostdeutschland wiederum ab, steigt aber in Westdeutschland. Somit gibt es auch hier eine Konvergenz von Ost- und Westdeutschland.

Der Vergleich zwischen den beiden letzten Fragen macht einen besonderen Aspekt von Gerechtigkeitsfragen deutlich. Im ersten Fall handelt es sich um eine Frage nach der persönlichen Betroffenheit, im zweiten Fall nach der allgemeinen Lage. Die persönlich Betroffenheit von Ungerechtigkeit wird jeweils als weit geringer angegeben als Urteile über die gesellschaftliche Verbreitung von Ungerechtigkeit erfolgen. Wie bei der Beurteilung der persönlichen und der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, fällt die persönliche Beurteilung besser aus als die allgemeine Beurteilung.

- Entwicklung der sozialen Gerechtigkeit. Die Entwicklung der sozialen Gerechtigkeit insgesamt kann direkt abgefragt werden und der menschliche Denkprozess scheint durchaus in der Lage, eine umfassende Gerechtigkeitsbilanz vorzunehmen.

Es gab demzufolge zu jedem Zeitpunkt Beurteilungen von Verschlechterungen und Verbesserungen der sozialen Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Allerdings verstärkte sich in der unmittelbaren Vergangenheit die Abnahme der Gerechtigkeit. Aus soziologischer Sicht heraus, liegt die Schlussfolgerung nahe, dass starke, abrupte Veränderungen der Gerechtigkeitsgefühle auf ein bestehendes gesellschaftliches Problem hinweisen, während ein gewisser Anteil von Verschlechterungsdiagnosen, denen auch Verbesserungsdiagnosen gegenüberstehen, als normal angesehen werden sollte.

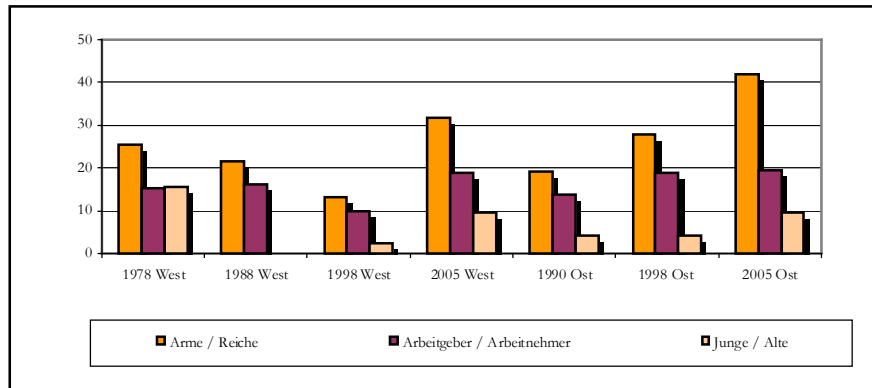
Soziale Gerechtigkeit ist ein hoher und schwieriger Maßstab, dem die Realität weder in persönlicher Hinsicht noch in gesellschaftlicher Hinsicht oft nicht genügt. Eine Gesellschaft kann durchaus ein hohes Maß an Ungerechtigkeitsgefühlen verkraften, aber es wäre leichtfertig, das Risiko einer Zunahme verletzter Gerechtigkeitsgefühle zu ignorieren.



Grafik 7: Einschätzung der wirtschaftlichen Lage: Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage (in Prozent)

(Quellen: Allbus/ Sozialstaatsurvey)

Sozialpolitik ist zugleich Lebenslagenpolitik und will auch dazu beitragen, ein angemessenes wirtschaftliches Auskommen zu sichern. Die individuelle wirtschaftliche Lage wird erstaunlicherweise von hohen Anteilen der Bevölkerung als gut bzw. sehr gut beurteilt. Dies erstaunt, weil die öffentliche Diskussion und viele Beurteilungen der gesamtwirtschaftlichen Lage in der Vergangenheit ein gegensätzliches Bild zeichnen. Über die allgemeine wirtschaftliche Lage werden oft ungünstige Beurteilungen verbreitet, aber die individuelle wirtschaftliche Lage blieb bisher von großen Einbrüchen verschont. Die Beurteilung der eigenen Lage fällt in Westdeutschland besser als in Ostdeutschland aus und entsprechend gibt es in Ostdeutschland häufiger schlechte Beurteilungen der eigenen wirtschaftlichen Lage.



Grafik 8: Entwicklung der Wahrnehmung von Konflikten: Wahrnehmung sehr starker/ starker Konflikte (in Prozent)

(Quellen: Wohlfahrtsurvey/ Sozialstaatsurvey)

Dass Sozialpolitik zum sozialen Frieden beitragen, also gesellschaftliche Konflikte reduzieren soll, ist eine feststehende Zielvorstellung. Eine Möglichkeit diese Perspektive zu prüfen, stellt die Frage nach der Wahrnehmung von Konflikten in der Gesellschaft dar. Für das Jahr 2005 kann man von einem relativ hohen Niveau der Konfliktwahrnehmung ausgehen: Die höchsten Konflikte werden wahrgenommen zwischen rechten und linken Parteien (siehe Ergebnisse zu zahlreichen Konflikten in Krömmelbein 2007), dann zwischen Armen und Reichen und schließlich zwischen Arbeitsgebern und Arbeitnehmern. Die Konfliktwahrnehmung lag im Jahr 1980 teilweise höher, als noch Helmut Schmidt regierte, fiel dann unter Helmut Kohl offensichtlich ab und stieg in jüngster Zeit wieder an. In Ostdeutschland ist die Konfliktwahrnehmung etwas häufiger, aber in der Struktur ähnlich wie in Westdeutschland. Der Konflikt zwischen Arm und Reich wird in West- und Ostdeutschland im letzten Jahrzehnt häufiger wahrgenommen. Bemerkenswert ist auch, dass ein vorwiegend medial konstatiertes »Generationenkonflikt« (Junge gegen Alte) relativ wenig wahrgenommen wird.

Insgesamt lässt sich feststellen: Westdeutschland ist seit 1978 eine bei geringen Schwankungen zufriedene Gesellschaft während Ostdeutschland sich annähert aber immer noch deutlich unzufriedener ist. Die Zufriedenheit mit der sozialen Sicherheit ist deutlich gesunken und von der Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit überholt worden.

Gemäß dem Maßstab der sozialen Gerechtigkeit nehmen die Bundesbürger große Defizite wahr, für die Allgemeinheit weit mehr als für sich persönlich. Seit

Jahrzehnten betrachten die Deutschen die Einkommens und Vermögensverteilung als ungerecht. Und sie glauben vermehrt, dass sich die Gerechtigkeit in den letzten Jahren verschlechtert habe. Ungerechtigkeit wird im großen Umfang konstatiert, aber dies führt bisher nicht dazu, dass sie von der Gesellschaft bekämpft wird.

Die Wahrnehmung von Konflikten hat sich geringfügig geändert, obwohl die Konfliktdimension arm versus reich in jüngerer Zeit im Anstieg begriffen ist. Diese Ergebnisse setzen andere Akzente als die aufgeregte öffentliche Diskussion vermuten lässt.

4. Schlussbemerkung

Einstellungen zum Sozialstaat zwischen Kontinuität und Wandel ist das Thema dieses Vortrags, der in den Ergebnissen auf zwei Komponenten des Untersuchungsdesigns anschließt: längere Zeitreihen, für die Indikatoren aus früheren Untersuchungen übernommen wurden, sowie Gruppengespräche über Ereignisse, die Einstellungen zum Sozialstaat beeinflussen. Zum ersten Punkt können wir feststellen, dass die Gesellschaft sich mit höherer Kontinuität entwickelt, als wir das auf der Grundlage öffentlicher Debatten annehmen. Die Zufriedenheit mit dem Leben und die Wertschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage nehmen nicht ab, eher steigen sie etwas. Gerechte Lebensverhältnisse sind ein anspruchsvolles Ziel, das bei großen Teilen der Bevölkerung als uneingelöst betrachtet wird. Ein gewachsener Anteil der Bevölkerung in Deutschland nimmt eine steigende soziale Ungerechtigkeit wahr.

Literatur

- Becker, Irene/Hauser, Richard (2004), *Soziale Gerechtigkeit – eine Standortbestimmung*, Berlin.
- Flora, Peter/Noll, Heinz-Herbert (Hg.) (1999), Sozialberichterstattung und Sozialstaatsbeobachtung, Frankfurt a.M./New York.
- Glatzer, Wolfgang (2005), *Lebenszufriedenheit und Lebensqualität*, in: Dieter Frey/Lutz von Rosenstiel/Graf Carl Hoyos (Hg.), *Wirtschaftspsychologie*, Weinheim/Basel, S. 230–234.
- Glatzer, Wolfgang (2006), »Quality of Life in the European Union and the United States of America – Evidence From Comprehensive Indices, *Applied Research on Quality of Life*, Jg. 1, H. 2, S. 169–188.
- Kroemmelbein, Silvia u.a. (2007), *Einstellungen zum Sozialstaat*, Opladen.
- Noll, Heinz-Herbert (1997), *Sozialberichterstattung in Deutschland*, Weinheim/München.

-
- Nullmeier, Frank (2004), »Gerechtigkeitsziele des bundesdeutschen Sozialstaats«, in: Montada, Leo (Hg.), *Beschäftigungspolitik zwischen Effizienz und Gerechtigkeit*, Frankfurt a.M., S. 213–230.
- Pappi, Franz Urban (1992), »Konfliktlinien«, in: Manfred G. Schmidt (Hg.), *Lexikon der Politik*. Band 3, München, S. 191–198.
- Schultze, Rainer-Olaf/Zinterer, Tanja (2002), »Konfliktlinien«, in: Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia (Hg.), *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden, S. 243–247.